

Geld ist nicht zum Waschen da

Ein Geschäftsmann aus Ex-Jugoslawien kauft in der Region Thunersee die besten Gasthäuser zusammen. An den Stammtischen wird entsprechend diskutiert. Vor allem auch Gewerbler, die beim Kauf überboten wurden oder denen man bei den Renovationsarbeiten die Preise drückt, ereifern sich. «Jugo-Mafia-Geld» sei es, das gewaschen werde, heisst es schnell einmal und ohne jegliche Indizien.

Auf der Sonnenterrasse Brigels im Bündner Oberland, bisher ein touristischer Geheimtipp, soll ein 18-Loch-Golfplatz entstehen. Das Millionen-Projekt sei völlig überzogen, schimpfen die Gegner. Die Finanzierung sei kein Problem, behaupten die Initianten. Grund genug, um an den Stammtischen von russischem Mafia-Geld zu reden. Die Initianten können die haltlosen Gerüchte zwar dementieren, etwas hängen bleibt trotzdem. Ein Herr liest im Zug die «NZZ». Es schüttelt ihn vor Lachen. Im Immobilien-Teil offeriert ein Geschäftsmann mit sehr ausländischem Namen Vil-

len im Herzen eines Wohngebiets, das angenehm an 200 Metern des Sees beschattet wurde «(...) Eine Entwicklungskonstruktion, bewohnbarer am Jahr (...) ausgedehnter Aufenthalt mit Schornstein (...) Zu erfassen für nur Fr.....» Die Mitreisenden lachen mit und wundern sich, auch ob der «NZZ». Schnell macht auch hier das Wort «Geldwaschen» die Runde.

Was sollen diese drei Beispiele aussagen? Bis heute wurde die Schweiz vor allem im Ausland, zum Teil böswillig, als «Geldwäscherei-Insel» bezeichnet. Doch nun glauben offenbar auch wir Schweizer, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Bürgerliche, immer mehr daran. Die Freilassung des Herrn Borodin liess viele aufhorchen. Finanzminister Kaspar Villiger tat seinen Ärger öffentlich kund, als eine Grossbank trotz Sorgfaltspflicht Millionen eines ausländischen Diktators entgegennahm. Er weiss, dass er mit solchem unmoralischen Profitdenken das Bankgeheimnis im Aus-

land nur schwer verteidigen kann. Wenn man nun aber täglich lesen muss, wie schwer man sich mit der Umsetzung des Geldwäschereigesetzes tut, zweifelt man allerdings allmählich an den guten Absichten der Schweiz.

Personalprobleme genügen nicht als Ausrede, um die Bedenken zu zerstreuen. Wenn das Bankgeheimnis für die Schweizer Wirtschaft tatsächlich so wichtig ist, dann sollte die Durchsetzung der Sorgfaltspflicht und des Geldwäschereigesetzes oberste Priorität haben; bevor selbst der Volksmund nicht mehr daran glaubt. Taten sind gefordert, nicht Ausreden.

KURT SIEGENTHALER

Journalist



Was ist Ihre Meinung? Diskutieren Sie mit:
www.metroschweiz.ch